

Die Linke und die 'nationale Frage' 3. Teil

In 'Südasiens' 5/88 und 8/88 untersuchte Kumari Jayewardene die Haltung der Linken in Sri Lanka zur ethnischen Frage. Im folgenden - dritten - Teil betrachtet sie den Einfluß, den kleinbürgerliche Ideologien auf die Linksparteien und deren Position zur 'nationalen Frage' gehabt haben.

Das Anwachsen kleinbürgerlicher Ideologien innerhalb der Linksparteien war ein Schlüsselfaktor im Hinblick auf die Gestaltung linker Politik in Bezug auf die ethnische Frage. Die Wichtigkeit dieses Einflusses wurde von der Kommunistischen Partei schließlich auch eingestanden: Rückblickend gab sie zu, daß auch sie dazu beigetragen hatte, die Arbeiterklasse und ihre Parteien in Richtung Chauvinismus und Opportunismus zu drängen. **"Auch in der Arbeiterklasse ist kleinbürgerliche Ideologie nach wie vor stark vertreten. Dies ist zurückzuführen auf den immer noch niedrigen Grad der Proletarisierung in der Arbeiterklasse selber... und auf den seit einigen Jahren andauernden großen Zustrom der Jugend mit kleinbürgerlichem agrarischem Hintergrund in die Führung der Arbeiterklasse."** (aus: *Unsere Erfahrungen in der Zusammenarbeit in der 'Vereinigten Front' - SLFP, LSSP, CPSL - und der Regierung 1977, S.5*). Wenn man die Linke und ihre Position zur ethnischen Frage diskutiert, müssen die Kräfte beleuchtet werden, die sich hinter den anwachsenden radikalen politischen Strömungen zwischen 1930 und 1950 verbargen.

Plantagenkapitalismus

Die sich im 19. Jahrhundert entwickelnde besondere Form des Plantagenkapitalismus hemmte den allgemeinen ökonomischen Fortschritt. Einerseits entwickelte sich eine Handels- und Plantagenbourgeoisie (beruhend auf Arrak-, Graphit-, Kokosnuß- und Gummiproduktion), andererseits bildete sich eine kleine städtische Arbeiterklasse, die in einigen wenigen Fabriken und u.a. im Transport- und Dienstleistungsbereich beschäftigt war.

Die zunehmende Entfremdung der Bourgeoisie von der einheimischen Kultur ging seit dem früher 19. Jahrhundert einher mit ihrer Verwestlichung und Christianisierung. Als Folge davon richteten sich die bedeutenden reformerischen Kämpfe der Jahrhundertwende - so die buddhistische und die hinduistische Erneuerungs- und die sog. Mäßigkeitsbewegung - mehr gegen 'fremde' Ideologien und Praktiken, als gegen den Imperialismus und waren in ihrem Inhalt eher kulturell als politisch.

Auch die Arbeiterklasse erwies sich als nicht stark genug, um ihre eigene Ideologie zu entwickeln. Obwohl ein beachtlicher Grad an Klassenbewußtsein deutlich

festzustellen war - besonders in den militanten Aktionen der 20-er Jahre - versagte die Arbeiterklasse darin, ihr eigenes Bewußtsein weiterzuentwickeln, so daß sie später voll und ganz Ideologien nachgab, die nicht aus der Arbeiterklasse hervorgegangen waren.

In diesem Zusammenhang verdient besonders diejenige Klasse Beachtung, die sich aus einer amorphen Gruppe zusammensetzt und im wesentlichen der Kleinbourgeoisie zuzurechnen ist: Sie umfaßt Gruppen städtischer wie ländlicher Herkunft, kleine Landbesitzer und Kleinhändler, Lehrer und Studenten, sowie ein großes Spektrum verschiedenster Berufe, darunter auch die Gruppe der Mönche mit niederem Status in der religiösen Hierarchie, Journalisten, Beamte und andere Regierungsangestellte in mittleren Positionen, von denen viele als Teile der sinhalaischen und tamilischen Intelligenz betrachtet werden können.

Erneuerungsbewegung

Einige Aspekte der Ideologie der sinhalaischen Intelligenz sollen im folgenden genauer betrachtet werden. Diese Gruppe formierte sich als Folge der buddhistischen Erneuerungsbewegung während der 80-er Jahre des letzten Jahrhunderts, wurde dann unüberhörbar in den Jahren zwischen 1920 und 1940, übte politische Macht seit den 1950er Jahren aus und beeinflusst auch heute noch Gesellschaft und Politik.

Im Laufe der Zeit gingen aus dieser Klasse zwei deutlich voneinander zu unterscheidende ideologische Strömungen hervor: auf der einen Seite war es eine nationalistische Strömung, die sich bis hin zum Chauvinismus entwickelte - auf der anderen Seite war es der Kampf um nationale Befreiung und Sozialismus.

Das Kleinbürgertum Sri Lankas war daher immer eine Klasse mit widersprüchlicher Zielsetzung. Während es auf der einen Seite die Tradition verteidigte und die (sinhalaisch-buddhistischen) Erneuerungsbestrebungen unterstützte, trat es zur gleichen Zeit für Modernität und wissenschaftlichen Fortschritt ein. Es verteidigte die Religion einerseits als Teil kulturellen Lebens, andererseits wurde sie gebrandmarkt und als Form von Aberglauben bezeichnet. In seinen Einstellungen war es sowohl nationalistisch als auch internationalistisch ausgerichtet, und gleichzeitig lokal und kosmopolitisch orientiert. Mit großem Eifer nahmen die Angehö-

rigen des Kleinbürgertums fremde (europäische) Namen an, um sie dann wieder mit gleich starker patriotischer Inbrunst zu verwerfen. Sie erfanden eine 'Nationalkleidung' mit dem einzigen Zweck, sie wieder abzulegen, sie als unmodern und bäuerlich im Vergleich zur westlichen Moden hinzustellen. Ihre Frauen mußten sowohl traditionell als auch modern sein, akzeptabel im Dorf und dennoch präsentabel in der städtischen Gesellschaft. Um es politisch auszudrücken: Die Kleinbourgeoisie verkörperte die Dichotomie zwischen Nationalismus und Sozialismus. Zur Verfolgung bestimmter Ziele vermischten sich nationalistische und radikale Kräfte, in anderen nahmen sie gegensätzliche Standpunkte ein, aber nur um sich in Krisenzeiten erneut zu vereinigen. Dies sollte sich als entscheidend herausstellen, als das Problem der sog. nationalen Frage zu lösen anstand. Bei unterschiedlichen Gelegenheiten drückte sich der Nationalismus der Kleinbourgeoisie in Form radikaler Politik, Forderungen nach der Gleichheit aller und Demokratie und von oppositioneller Agitation gegen die Herrschenden aus; in anderen Zeiten hatte er Chauvinismus, Hysterie und Gewalt gegen Minderheiten zur Folge. Die rückständige Ideologie der Kleinbürger kann im Zusammenhang mit ihrer Situation als Kleinproduzenten und kleinen Landbesitzern gesehen werden: Als solche hatten sie starke Bindungen an ihre ländlichen Besitztümer. Eine derartige emotionale Bindung an das Land ruft oftmals starke Reaktionen hervor, wenn Schlagworte wie 'Vaterland' benutzt werden. Der Patriotismus kann sich dann sehr leicht in Chauvinismus verwandeln.

Die Arbeiterklasse wie auch die Bourgeoisie war oft stärker 'internationalistisch' geprägt: letztere produzierten für den Weltmarkt und versuchen, fremdes Kapital anzulocken, während erstere dadurch mit den Ideen des 'Proletarischen Internationalismus' vertraut gemacht wurden. Das Kleinbürgertum hingegen suchte vielfach Trost und Zuflucht darin, von der vermeintlich herrlichen Vergangenheit und von Mythen und heroischen Führern zu träumen und die Ideologie der 'Söhne des Landes' (sons of the soil) gegenüber fremden 'Eindringlingen' zu verfechten und jede 'fremde Ideologie' als schädlich zurückzuweisen. Es glorifizierte Sprache und Religion und romantisierte die Geschichte. Der Chauvinismus hatte daher eine besondere Wirkung auf die Kleinbourgeoisie.

Anagarika Dharmapala

Der Abstieg zum Chauvinismus beginnt in Sri Lanka mit Anagarika Dharmapala, dem Führer der sinhalaisch-buddhistischen Erneuerungsbewegung um die Jahrhundertwende. Sein Vater hatte eine Möbelhandlung aufgebaut und war einer der wenigen sinhalaischen Händler in Colombo. Die kulturelle Erneuerungsbewegung, die von Dharmapala angeführt wurde, war eine populistische Bewegung und besaß eher eine anti-westliche als eine anti-imperialistische Stoßrichtung. Sie richtete sich vor allem gegen fremde kulturelle Einflüsse und besaß eine besondere Anziehungskraft für die sinhalaischen (buddhistischen) Händler, Geschäftsleute, Beamten, und beeinflusste auch den Beginn des heutigen modernen

Chauvinismus der Mehrheit, der sich auf der Grundlage rassistischer und religiöser Ausschließlichkeitsansprüche gegen Fremde und Minderheiten richtet. Diese Entwicklung kam nicht Überraschend, da Bewegungen, die sich gegen fremde Einflüsse richteten und die Massen zum Kampf mobilisieren konnten, genauso gut in Richtung Chauvinismus und Rassismus degenerieren konnten, wobei die Massen dann dahin gelenkt wurden, Aktionen gegen die Minderheitsbevölkerung durchzuführen, die dann als 'Ausländer' bezeichnet wurden, weil sie nicht zur ethnischen oder religiösen Mehrheitsgruppe der Sinhalesen (und Buddhisten) gehörten.

Diese beiden Trends in der kulturellen Erneuerungsbewegung wurden in der Zeit bis 1920 an A.E. Goonesinha und die verschiedensten Jugendbewegungen weitergegeben. Goonesinha selber verfolgte erfolgreich sowohl den Weg des Radikalismus wie den des Chauvinismus. Sehr mutig forderte er die kolonialen Herrscher und die kapitalistische Klasse in den Gewerkschaftskämpfen der 20-er Jahre heraus, verfiel auf der anderen Seite aber nicht nur dem Rassismus, sondern auch der Kollaboration mit Arbeitgebern und schließlich ab den 30-er Jahren auch allgemein der rechtsgerichteten Politik.

Trotzkisten

Die nationalistischen und radikalen Traditionen der frühen Zeit erhielten mit dem Aufstieg der trotzkistischen 'Lanka Sama Samaja Party' (LSSP) in den 30-er Jahren eine sozialistische Färbung. Das erste Manifest der LSSP von 1935 bestand aus Forderungen, die beide Trends widerspiegeln. Die Führer kamen hauptsächlich aus kleinbürgerlichen Familien und waren 'Produkte' der buddhistischen Schulen. Daher waren sie sowohl durch buddhistische Erneuerungsideologie beeinflusst wie auch durch das Beispiel des asiatischen oder indischen Nationalismus. Jedoch führte der Druck der Ereignisse schnell zu einer Trennung dieser Traditionen. Mit Beginn der 30-er Jahre waren drei Stränge kleinbürgerlicher Denkweisen zu unterscheiden: Einmal gab es A.E. Goonesinhas totalen Rassismus, der in Teilen der sinhalaischen Intelligenz ein Echo fand und auch in der sinhalaischen Arbeiterklasse populär war. Weiter gab es die 'Sinhala Maha Sabha'-Bewegung, unter Führung des späteren Premierministers S.W.R.D. Bandaranaike, die von der Notwendigkeit einer sinhalaischen Identität für die Verteidigung sinhalaischer Interessen sprach. Als dritte Strömung bildete sich die sozialistische Variante, wie sie von der LSSP seit 1935 und von der 'Communist Party' (CP) seit 1940 formuliert wurde, die die radikalsten Teile des Kleinbürgertums zum Klassenkampf versammelte und ihnen eine internationalistische Perspektive gab.

Wandel

Bis Anfang der 60-er Jahre verfolgte die Linke eine ausgesprochen internationalistische Politik. Doch das Blatt wendete sich danach. Die latent vorhandenen kleinbürgerlich chauvinistischen Einflüsse kamen wieder an die Oberfläche. Die erste Abspaltung hatte die LSSP zu verzeichnen, als sich eine Gruppe um Philip Gunewardena von ihr trennte (er gründete die VLSSP).

Weitere Abspaltungen sollten folgen, einschließlich der Beteiligung zweier linker Parteien an der 'Vereinigten Front' unter der Führung von Frau Bandaranaike 'Sri Lanka Freedom Party' (SLFP) in der Zeit zwischen 1968 und 1976.

Die chauvinistische Periode der Linken in der 'Vereinigten Front' mit der SLFP wurde in späteren Jahren von der CP als eine 'Rechtsabweichung' verstanden. Die Schuld dafür wurde dem Einfluß kleinbürgerlicher Individuen und kleinbürgerlicher Ideologien auf die Partei in den 60-er und 70-er Jahren zugeschrieben: **"Rechte Trends gab es in unserer Partei von Anfang an... Der Ursprung dieser Trends war die starke Position des Kleinbürgertums innerhalb der Partei... Das ländliche und in den Landessprachen (swabasha) erzogene Kleinbürgertum war in der Lage - besonders in den letzten beiden Jahrzehnten - eine beachtliche Bresche in die Monopolstellung der politischen Führung der progressiven und linken Bewegung zu schlagen, die bisher von ihren städtischen und englischsprachig erzogenen Kollegen beherrscht wurde."**

Chauvinismus und Koalitionsstrategien

Seit den frühen 50-er Jahren, in der Zeit, in der die SLFP gegründet wurde, und sich in kulturellen Fragen (Religion und Sprache), sowie mit radikalen Slogans (Nationalisierung, Aufkündigung militärischer Stützpunkte imperialistischer Länder etc.) an die Öffentlichkeit wandte, sah sich die Linke mit der Frage konfrontiert, inwieweit sie Bündnisse mit dieser neuen Partei eingehen sollte. Mitte der 50er Jahre erschien es so, als sollte der Radikalismus, der seit 1935 von der Linken hervorgebracht worden war und seinen Höhepunkt im historischen 'hartal' (Streik) von 1953 fand, wie auch deren progressives Erbe rasch von der SLFP

vereinbart werden. Diese hatte als eine stark von Kleinbürgern dominierte Partei nicht gezögert, sowohl radikale wie auch chauvinistische Forderungen vorzubringen.

1955 nahm die VLSSP von Philip Gunawardene die Forderung 'Sinhala Only' (der Bestrebung, sinhalesisch zur einzigen offiziellen Staatssprache zu machen) auf und verbündete sich mit der SLFP, um gemeinsam mit ihr als 'Mahajana Eksath Peramuna' (MEP) in den Wahlkampf von 1956 zu gehen. Allerdings verharteten CP und LSSP, obwohl sie sich für Sprachenparität (Gleichberechtigung von sinhalesisch und tamilisch) aussprachen, in einem 'Nichtangriffspakt' mit der MEP die versprach, 'Sinhala only' binnen 24 Stunden nach der Wahl in Kraft zu setzen.

Kapitulation der CP

Als nächste Linkspartei gab die CP 1960 die Paritätsforderung auf und wurde im Streit um diese Frage zerrissen. Bei den Wahlen von 1956 hatte sie nur noch 3 Sitze, darunter erstmals einen in einem tamilischen Gebiet errungen. Während die Partei vor 1956 noch gegen 'Sinhala only' stimmte, unterstützte sie die Innen- und Außenpolitik der SLFP, darunter die Nationalisierung der Busunternehmen, der Häfen und der Petroleumindustrie, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit sozialistischen Ländern und die Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte auf srilankanischem Boden.

Auf dem 6. Parteikongreß der CP 1960 wurde die frühere Politik in ihrer Einstellung zum 'kulturellen Kampf' als sektiererisch kritisiert, und die Sprachenparitätsforderung als 'kosmopolitisch' verurteilt: Sie zeige einen Mangel an marxistisch-leninistischem Ver-



ständnis der Situation. Das Wahlmanifest der CP von 1960 forderte, daß sinhalesisch zur einzigen Staatssprache erklärt werden sollte, während Tamil lediglich im Erziehungssystem und innerhalb der Verwaltung der tamilisch sprechenden Gebiete gelten sollte.

Die LSSP folgt

Im Laufe dieser Jahre bewegte sich auch die LSSP stärker auf eine Kooperation mit der SLFP zu, obwohl die Partei in ihrem Wahlmanifest von 1960 die Paritätsforderung aufrechterhielt. Schließlich brachte die Gründung der 'Vereinigten Linken' (ULF), bestehend aus CP, LSSP und VLSSP im Jahr 1963 das Einschwenken der Linken auf die Linie des sinhalesischen Nationalismus. Die Linksfrent, die das erste linke Bündnis seit der Spaltung der späten 30-er Jahre darstellte, setzte im Volk Begeisterung frei, wie die Massenversammlung anlässlich der Feierlichkeiten zum 1. Mai 1963 zeigte. Das gemeinsame Programm der ULF akzeptierte die Forderung nach einem 'Sinhala-Only'-Gesetz, allerdings unter dem Vorbehalt, daß Tamil in den Gebieten mit tamilischer Mehrheit eine angemessene Verwendung finden sollte. (Kearney, 1967, S.126)

Die ULF bestand in der ursprünglichen Form nicht sehr lange. 1964 ging die LSSP mit der SLFP eine Koalition ein und nahm 1965 in ihr Wahlmanifest schließlich die 'Sinhala-Only'-Forderung auf. Diese Veränderung in der Strategie bewirkte wiederum eine Spaltung innerhalb der LSSP; es bildete sich die Splitterpartei LSSP (R), die weiterhin die Sprachenparität unterstützte. Das dunkelste Kapitel der beiden Parteien LSSP und CP waren vielleicht die Jahre zwischen 1965 und 1970, als die Linke, konfrontiert mit dem Bündnis zwischen der 'United National Party' (UNP) und der tamilischen 'Federal Party', das die Regierung stellte, gemeinsam mit der SLFP in offenen Rassismus abglitt. Die entsprechenden Slogans, mit einem antikapitalistischen Touch versehen, richteten sich auch gegen die angeblich 'traditionellen Feinde' der sinhalesischen Buddhisten der vergangenen Jahrzehnte: Katholiken, Tamilen, Inder, Burgher und Muslime sowie alle Kapitalisten, ausgenommen die sinhalesisch-buddhistischen.

Die mit den linken Parteien verbundenen Zeitungen - 'Athta', 'Janadina', 'Janasuthiya' und 'Jayamataya' - ließen bei ihrer Berichterstattung der rassistischen Propaganda freien Lauf. **"Wer unterstützte die UNP bei den Wahlen?"** so wurde im Editorial von Janasathiya am 28. März 1965 gefragt; die Antwort, die man gab, lautete folgendermaßen: **"Inländische und ausländische Kapitalisten, Inder, angeführt von Thondaman, Tamilen, angeführt von Ponnambalam, die katholische Kirche, Muslime, die gegen die Handelspolitik der Koalitionsregierung waren und Elemente, die unsere nationale Kultur nicht mittragen, kapitalistische Zeitungen - sie alle traten für die UNP ein."** (Wanasinghe 1966, S.116)

Die neue Politik der Linken verursachte aber kontinuierliche Probleme innerhalb der Parteien; es gab keinen Mangel an Kritik am Chauvinismus seitens der

radikaleren Parteimitglieder und dener, die den Minderheitengruppen angehörten. Die LSSP (R) kritisierte den Abstieg der LSSP zum Chauvinismus aufs schärfste. Die eindrucklichsten zeitgenössischen Analysen dieses Phänomens sind die Artikel von Sydney Wanasinghe aus den Jahren 1965 und 1966 im 'Young Socialist', den er herausgab.

Streitigkeiten

In der CP waren zwei Fragen die Ursache von Streitigkeiten. Die eine war der 'Sirima-Shastrai-Pact' von 1964 über die Repatriierung tamilischer Plantagenarbeiter nach Indien. Die CP unterstützte dieses Abkommen als Lösung eines nun schon lange andauernden Problems, trotz des Widerstands von Führern der CP Plantagen-Gewerkschaft ('United Plantation Workers Union'). Die CP-Führer aus Jaffna jedoch sprachen sich für das Abkommen aus. Die andere Krise trat 1966 zu Tage, als die UNP-Regierung den Vorschlag machte, durch einen 'Tamil Language (Special Provisions) Act' die offizielle Verwendung von Tamil in den tamilischen Gebieten und für Schriftwechsel der Behörden mit Tamilen einzuführen. Gemeinsam mit der SLFP organisierten CP und LSSP Widerstand gegen diesen Vorschlag. Eine tamilische Minderheit in der CP protestierte ohne Erfolg gegen die Parteilinie, und einige verließen deshalb die Partei. Beide Linksparteien beteiligten sich an der Demonstration vom 6. Januar 1966 gegen diesen Gesetzentwurf, die Anlaß für anti-tamilische Hysterie, Szenen von Gewalt und Polizeieinsätze war, die zum Tod eines buddhistischen Mönchs führten.

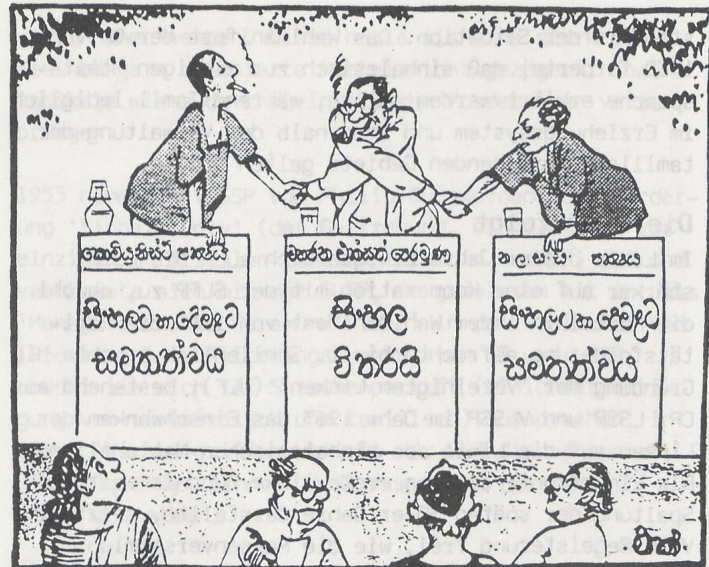
Alle diese Ereignisse bildeten das Vorspiel für eine Koalition der Linken mit der SLFP, die 1968 mit der Bildung der 'Vereinigten Front' aus SLFP, LSSP und CP Gestalt annahm. Das gemeinsame Programm schloß die Zusicherung einer Beteiligung linker Parteien in einer zukünftigen 'United Front'-Regierung mit ein. Durch den überwältigenden Sieg der 'United Front' bei den Parlamentswahlen von 1970 vergrößerten auch die Linksparteien die Anzahl ihrer Mandate (LSSP 19 Sitze, CP 6 Sitze). Die LSSP bekam drei Ministerien zugesprochen (Finanzen, Plantagen und Transport), die CP eines (Wohnungsangelegenheiten). Diese Periode der Kollaboration (bis 1975 im Falle der LSSP, bis 1976 im Falle der CP) war der Revidierung der Irrtümer der Vergangenheit in Bezug auf die ethnische Frage kaum förderlich.

Neue Verfassung

In einer Regierung unter Führung der SLFP zu sein, bedeutete für die Linke, daß sie in dieser Frage noch mehr Kompromisse machen mußte. Ein solches Beispiel war die Republikanische Verfassung von 1972, die von dem LSSP-Führer Colvin R. de Silva in seiner Eigenschaft als Minister für Verfassungsfragen entworfen wurde. Das Prinzip 'Sinhala Only' wurde in der Verfassung verankert (Artikel 7: "Die offizielle Sprache Sri Lankas soll Sinhalesisch sein"), außerdem wurde dem Buddhismus ein besonderer Status eingeräumt.

Dies war ein Schlag gegen das Prinzip des Säkularismus. Diese neuen Passagen in der Verfassung unterschieden sich von den Bestimmungen der früheren Verfassung. In Artikel 29 der alten war festgehalten, daß keine Person aufgrund ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit benachteiligt oder ihr Privilegien eingeräumt werden dürfe. Ein anderes Beispiel von Diskriminierung war die Verfassungsbestimmung, daß bestimmte fundamentale Rechte nur für 'Staatsbürger' und nicht für 'Personen' Geltung hätten. Diese Bestimmung versagte in ihrer Konsequenz den Plantagenarbeitern, die keine Staatsbürger waren, gewisse Bürgerrechte.

Insgesamt ließ die Bilanz der 'Vereinigten Front' in der Frage der Plantagenarbeiter einiges zu wünschen übrig. Die Nationalisierung von einheimischen Plantagen bzw. von ausländischem Besitz 1972 und 1975 führte nicht zu einer Verbesserung ihrer Situation. Auch die Landreform-Gesetzgebung von 1972 hatte viele negative Auswirkungen für die Plantagenarbeiter. Zusätzlich verursachte die Wirtschaftskrise von 1974, die durch den starken Anstieg der Ölpreise ausgelöst wurde, eine hohe Inflation und steigende Preise für Nahrungsmit-



Die Linksparteien schwenken auf die 'Sinhala-only'-Politik ein (aus: Dinamina, 25.2.56)

tel, was vor allem in den Plantagen zu Versorgungs-schwierigkeiten und Hungersnöten führte.

Kumari Jayawardene (Übersetzung Britta Jünemann, Fortsetzung im nächsten Heft)



Indien

Kurzmeldungen

Weiter 'President's Rule' im Punjab

Governor S.S. Ray, zur Zeit Vertreter Delhis im Punjab, verkündete im November, die Zentralregierung werde für weitere sechs Monate die Regierungsgeschäfte im Punjab wahrnehmen. Ziel dieser Maßnahme sei es, die Aktivitäten der Terroristen einzuschränken. Journalisten warfen ihm vor, daß gerade in der Zeit der 'President's Rule' die Zahl der Mord- und Brandanschläge erheblich gestiegen sei.

Atomkraftwerke genehmigt

Obwohl bisher weder der Ort, noch der Bautyp genau festliegt, auch die Sicherheitsforderungen noch nicht abgestimmt sind, hat die Internationale Atombehörde jetzt Pläne für zwei weitere AKWs in Indien genehmigt. Die beiden geplanten AKWs seien eindeutig für zivile Zwecke gedacht, ein Mißbrauch für militärische Zwecke sei nicht zu befürchten. Es handelt sich um zwei

Leichtwasserreaktoren zu je 1000 MW, die von sowjetischen Firmen gebaut werden sollen. Während des Besuchs von Gorbatschow im November wurden die entsprechenden Verträge unterzeichnet. Die Sowjetunion wird die Brennelemente liefern und sie nach Gebrauch zur Wiederaufbereitung oder Lagerung zurücknehmen. Weitere 10 AKW's, darunter auch ein schneller Brüter, sollen im Lauf der nächsten Jahre nach eigenen, indischen Plänen gebaut werden.

Weltbank fördert Narmadastaudamm weiter

Obwohl zahlreiche Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen sich gegen den Bau des Großstaudamms im Narmadatal ausgesprochen haben, denkt die Weltbank nicht daran, die Finanzierung dieses Projekts einzustellen oder auch nur zu verzögern. "Diesen Umwelt-Ärger gibt's mittlerweile bei jedem Großprojekt" meinte M.M.Qereshi, Senior-Vizepräsident der Weltbank. Allerdings sollte man Wiederaufforstung und Wiederherstellung der durch den Bau zerstörten Weideflächen miteinplanen.